

ich möchte mit einem Zitat von Bertold Brecht beginnen:

Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert /

Und handelt, statt zu reden noch und noch /

So was hätte einmal fast die Welt regiert! /

Die Völker wurden seiner Herr, jedoch /

Daß keiner uns zu früh da triumphiert /

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

liebe Freundinnen und Freunde,

werte Anwesende,

wir gedenken heute hier auf dem KZ-Friedhof der Toten, die hier im Lager ihr Leben gelassen haben. Die gestorben sind an den Folgen der Zwangsarbeit, an Unterernährung und auch an Misshandlungen durch das Lagerpersonal.

Die Rüstungsbetriebe hier am Bodensee waren zerbombt.

Rund 800 mussten hier als Zwangsarbeiter, vor allem aus den von den Nazis besetzten Ländern, arbeiten um Stollen zu graben damit Rüstungsgüter hergestellt werden konnten, die dann wieder eingesetzt werden sollten gegen ihre Länder und deren BewohnerInnen.

Sie, die Gequälten, die Toten und Ermordeten, sind uns eine Mahnung bis heute und auch in Zukunft.

Das was vor nunmehr vor 85 Jahren begonnen hat und 12 Jahre dauerte darf sich nicht wiederholen. Wir wollen aus der Geschichte lernen, denn wer das nicht tut läuft Gefahr sie zu wiederholen.

Der Nationalsozialismus mit allen seinen Auswüchsen war kein blindes Schicksal. Hitler war kein Betriebsunfall. Die Industrie-Barone haben sich hinter ihn gestellt und die Nazis als neue Macht, die ihre Interessen geschützt und vertreten haben, unterstützt.

Die Arbeiterbewegung wurde zerschlagen, die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 gestürmt. Es war leider nicht besonders schwer, die Arbeiterbewegung zu vernichten, sie war sich uneins und zerstritten. Das galt für die Arbeiterparteien und für die Gewerkschaften gleichermassen.

Die Folge war: Tausende von GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und KommunistInnen wurden wegen ihrer politischen Überzeugung verhaftet, gefoltert und ermordet.

Andere wurden wegen ihrer Religionszugehörigkeit, weil sie Juden oder Sinti und Roma waren, wegen ihrer sexuellen Präferenzen, wegen ihrer Behinderung, wegen ihrer Arbeitskraft oder als Kriegsgefangene verschleppt, eingesperrt, vergast, erschlagen, getötet.

Für uns heute eine kaum vorstellbare Greuelzeit der Unterdrückung und Ver-
sklavung.

Am 8. März 1945 haben die Alliierten den Hitler-Faschismus besiegt. Deutsch-
land war befreit. Aber danach wollte es keiner gewesen sein, alle waren auf
einmal „nur“ Mitläufer und gewußt haben sie angeblich auch nichts.

Aber das stimmt nicht. Ich selbst komme aus einer ländlichen Region in Bay-
ern. Der Bruder meiner Großmutter war einer der ersten Insassen in Dachau.
Sie hat uns öfter erzählt, dass die Menschen wussten was es heißt nach Dachau
zu kommen.

1945, die Befreiung. Das bedeutet frei von Krieg zu sein. Millionen und Aber-
Millionen Menschen waren getötet worden auf den Schlachtfeldern aber auch in
Gestapo- Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Umso erschreckender ist es, daß deutsche Soldaten seit vielen Jahren wieder in
Kriegsgebieten eingesetzt sind. Dies muß genauso wie Waffenexporte in Kriegs-
und Krisengebiete sofort beendet werden.

Befreiung bedeutete auch, frei zu sein von einem politischen System, das heu-
te noch fast unbeschreiblich ist.

Der 8. Mai 1945 bedeutete das Ende einer Orgie aus Intoleranz, Wahnsinn und Vernichtung, die neben Millionen von jüdischen Menschen alle traf, die nicht in das Weltbild der nazistischen Herrenmenschen paßten.

1945 die Befreiung bedeutete für viele AntifaschistInnen endlich ein friedliches, antifaschistisches Deutschland und später auch Europa aufzubauen.

Sie wollten einen Neubeginn.

Am 26. Juni 1945 wurde in Stuttgart die Vereinigung der politischen Gefangenen und Verfolgten des Nazi-Systems gegründet. 1947 folgte der gesamtdeutsche Zusammenschluss in der VVN und 1971 wurde sie zur VVN-BdA, damit konnten auch jüngere Mitglied werden, die das System selbst nicht erlebt hatten aber antifaschistisch tätig werden wollten.

Doch es kam anders. Die Restauration war das Ziel der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die Chance eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels war vertan, verpasst, verspielt. Die Fortschrittlichen Kräfte haben nicht gereicht für einen grundlegenden Wandel hin zu einer solidarischen Gesellschaft.

Im Rückblick betrachtet gab es 1945 keine Stunde Null - die Nazis waren zwar geschlagen, das System zusammengebrochen aber die Ideologie war in den Köpfen nicht besiegt weder in West- (und wie wir heute wissen) auch nicht in Ostdeutschland.

Beide Republiken sind der Aufarbeitung der Geschichte ständig ausgewichen und nicht gerecht geworden. Das Ergebnis erleben wir zur Zeit hautnah mit.

Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind 73 Jahre nach Ende des Hitler-Faschismus in Deutschland und Europa wieder auf dem Vormarsch.

Sicher, es gab immer Wellen, in den 60er Jahren die NPD, später dann die Republikaner. Wir dachten: ein bißchen Widerstand und alles ist vorbei.

Aber seit ein paar Jahren wissen wir, es war nur zugedeckt. Es waren nicht nur ein paar Rechtsextreme übrig geblieben, die im Untergrund weiter ihre Ideologie verbreitet haben oder wie der NSU gar für viele Morde verantwortlich ist. Mit dem Auftreten der AfD haben all jene eine Partei gefunden in der sie sich sammeln können. Die AfD ist mittlerweile ganz offen eine rechte Sammelbewegung, Es geht dabei um eine rechte Erneuerung. Es ist ein gesamt-rechtes Projekt. Die AfD rückt von Parteitag zu Parteitag weiter in die Rechte Ecke.

Von anderen Rechten bis hin zu faschistischen Organisationen hört man faktisch nichts mehr. Sie sind abgetaucht und Teile von ihnen finden sich nun in dieser Partei wieder. Mit der AfD sitzt eine im Kern neoliberale, rassistische, ausländerfeindliche und auch frauenfeindliche Partei im deutschen Bundestag.

Jetzt hat Deutschland erstmals vor dem UN-Menschenrechtsrat eingeräumt, ich zitiere Bärbel Kofler (Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung):

„Wir wissen, dass es rassistische Haltungen und diskriminierende Einstellungen in verschiedensten Teilen unserer Gesellschaft gibt.“

Hemmungsloser Neoliberalismus mit seinen asozialen Folgen vergrößert den Nährboden für Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Daran hat auch die letzte Bundestagswahl nichts geändert. Die alte GroKo ist auch die neue GroKo. In der Wirtschaftspolitik tut sich nichts, in der Sozialpolitik wird nichts Grundlegendes verbessert, in der Außenpolitik wird so weiter gemacht wie bisher, die Waffenexporte werden nicht reduziert geschweige denn gestoppt. In der Innenpolitik wird die Überwachung der Menschen verschärft, die Polizeieinsätze werden erhöht und härter. Geflüchtete werden verstärkt abgeschoben, aus Kriegsgebieten werden sichere Drittländer gemacht.

Und die AfD gießt immer noch weiter Öl ins Feuer. Sie stellen Ausländer und andere Minderheiten als Sündenböcke hin. Egal um welches Thema es geht.

Ich war während des letzten Wahlkampfes auf einer AfD-Veranstaltung um mir selbst ein genaues Bild zu machen. Der dortige Kandidat hat in seiner Rede über fast eine Stunde zu jedem Thema das er angesprochen hat gesagt: „Daran sind die Flüchtlinge schuld“. Mit solchen Schuldbehauptungen schürt man nicht nur Ausländerfeindlichkeit, man schürt auch Aggressivität in der Bevölkerung. Sie hetzen damit diejenigen, die am Rand der Gesellschaft leben auf, weil

ihnen vermeintlich jemand etwas wegnimmt, der auch am Rande steht. Ihre „Wut“ richtet sich nicht gegen diejenigen, die nicht bereit

sind etwas zu tun um Armut, Prekariat, Ausgrenzung, hohe Mieten zu bekämpfen. Ihre „Wut“ richtet sich nicht dagegen, dass die einen immer reicher und andere immer ärmer werden. Die Ausgegrenzten stehen gegen andere Ausgegrenzte.

Und das wird noch beflügelt mit Aussagen wie sie Boris Palmer OB Tübingen Bündnis 90/die Grünen getätigt hat. Auf die Frage warum er die Hautfarbe eines Radfahrers genannt habe, den er auf dem Weg zum Veranstaltungsort begegnet war erwiderte er in Facebook „Weil der Typ mit nacktem Oberkörper, Kopfhörer und einer unglaublichen Dreistigkeit um die Leute rumgekurvt ist. Das gehört sich für niemand und einem schon dreimal nicht.“ Woher er wohl allein vom hinschauen schon wußte, Schwarz gleich Asylbewerber, gleich dreist.

Liebe Anwesende,

es gilt hier und heute sich mutig und entschlossen gegen jede Form autoritärer und rassistischer Hetze aktiv entgegenzustellen. Wir müssen tagtäglich aufzeigen, dass es nicht um Arme gegen noch Ärmere geht, sondern es geht nach wie vor darum, dass der immense Reichtum, den wenige in ihren Händen halten dem Gemeinwohl zu gute kommt.

Es geht um Gerechtigkeit und die Verteilungsfrage zwischen den Reichen und Armen.

Liebe Anwesende,

wer Rechte, Nationalisten, Reichsbürger, Ludendorfgemeinschaft, Pegida, und wie sie alle heißen, bekämpfen will muss Zivilcourage zeigen.

Wir müssen Aufstehen für eine demokratische, weltoffene Politik hier bei uns, in Europa und anderswo.

Wir dürfen Rechten keinen Raum für ihre menschenverachtende Propaganda und Politik geben.

Wir müssen Demokratie stärken und ausbauen und dürfen sie nicht einschränken. Immer mehr Überwachung der Bürgerinnen und Bürger, immer mehr Polizeieinsätze im

Inneren sind da nicht zielführend sondern gefährden unsere Demokratie.

Ellwangen ist da nur erneut ein Beispiel dafür.

Die Berichte sind euch sicher bekannt. Mittlerweile gibt es auch eine Darstellung der AsylbewerberInnen aus der LEA Ellwangen und die liest sich völlig anders als die offizielle Berichterstattung.

Der Einsatz wird von Ministerpräsident Kretschmann Bündnis 90/Grüne als unfähig richtig bewertet und von Innen-Minister Strobl CDU ist zu hören: „Das was da abgelaufen ist, ist zu meiner vollen Zufriedenheit abgelaufen.“

Liebe Anwesende,

wir müssen in allen Bereichen für die sozialen und politischen Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit wirken und weiteren Sozialabbau nicht nur verhindern sondern soziale Sicherheit wieder ausbauen.

Wenn wir genauer hinschauen gibt es gleichzeitig eine
Krise der Konservativen Krise des Kapitalismus
Krise der Demokratie und Krise des Sozialen

Diese Krisen gilt es aufzudecken und Lösungen müssen besprochen werden.
Tagtäglich, immer wieder auf's Neue.

Günter Grass sagte einmal:

„Keiner darf sich ins Schweigen flüchten.“

Wir treten ein für Völkerverständigung und eine Friedenspolitik, die ihren Namen verdient. Ich sag es noch einmal: Die Bundeswehr muß aus den Kriegsgebieten zurückgezogen und Waffenexporte müssen sofort gestoppt werden.

Für die Flüchtenden müssen Material und Geld zur Verfügung gestellt werden für eine menschenwürdiges Leben.

Wir brauchen bei uns und auch weltweit soziale Sicherheit, Arbeit für Alle, ein Einkommen das für ein gutes Leben und eine gute Rente reicht, und wir

brauchen Frieden. Nur dies kann dem Rechtsextremismus den Boden entziehen.

Lasst mich zum Schluss noch ein Zitat von Inge Aicher-Scholl, einer Schwester der hingerichteten Geschwister Scholl, anführen, das zu unserer heutigen Situation passt:

ich zitiere:

„Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt. Entscheidet euch, ehe es zu spät ist“, heißt es in einem der Flugblätter der „Weißen Rose“... Damit ist gemeint, dass wir nie mehr ausschließlich im privaten Leben aufgehen sollten, sondern immer auch für die andern, für unser Land und für die Welt draußen mitdenken und mitempfinden und - so gut es uns möglich ist, handeln. Seht im öffentlichen Leben einen wichtigen Teil Eurer persönlichen Existenz. Habt Mut und schwimmt gegen den Strom, wenn Ihr seht, dass es notwendig ist. Trainiert Euch für das Recht im Kleinen einzustehen, wenn es im Großen gebrochen wird. Seid wachsam und entwickelt einen kritischen Sinn gegenüber allen politischen Parolen. Dann wird euch auch in außergewöhnlichen Situationen die Kraft zuwachsen, die Ihr zum Durchhalten braucht.“

In diesem Sinne. Werden wir laut, sagen wir unsere Meinung, vertreten wir Grundsätze wie Solidarität, Gleichberechtigung, Demokratie, Völkerverständigung, Humanität, Menschenrechte.

Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus!

Heidi Scharf - Es gilt das gesprochene Wort

